

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74322](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74322)

Reform der Prozeßordnung

Abfassung der Titel

In einer Rede von Vertretern der Einzelstaaten hat sich Reichsjustizminister Schiffer eingehend über die geplante Reform der Prozeßordnung ausgesprochen. Mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes will man die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf Rechtsfreigebühren bis 1200 Mark, der Kreisgerichte auf 200 Mark und der Kaufmannsgerichte auf 6 000 Mark erhöhen. So hofft man die Landgerichte, die in Arbeit geradesu erliszen, zu entlasten. Als Grundlage der Rechtsanwaltsgebühren plant man eine Staffellage.

Altersgrenze und Besoldung.

Vorausichtlich wird man bei den Richterständen über 85 Jahre hinausgehen, da man gerade die Erfahrung des alten Richters für besonders wertvoll erachtet. Die Besoldung der Richter ist bisher verhältnismäßig, aber durchweg unzureichend. Ein Mindestgehalt gilt als dringend erforderlich. Das erstrebenswerte Ziel ist: weniger Richter, aber bessere Bezahlung und hochwertigere Qualifikation. Die Anforderungen müssen unter allen Umständen hoch sein, mittlere Beamten müssen mit Richtergehältern behaftet werden, um dadurch ihre Leistungsfähigkeit besser auszumachen und sie arbeitsfreudiger zu machen. Jedenfalls kann man an eine Gehaltsregelung erst nach einer Erhebung der Zahl denken. Das Titelmehr weist eine gewisse Unrichtigkeit auf. Nach Artikel 109 der Verfassung dürfen neue Titel nicht mehr verliehen werden. Die Einzelstaaten sind sich darüber einig, nur noch die vier Titel Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat und Reichsgerichtsrat bestehen zu lassen. Wahrscheinlich wird auch die Bezeichnung „Staatsanwalt“ und „Vorwärtender Rat“ fallen.

Ausbildung der künftigen Juristen.

Von besonderer Bedeutung für die richtige Ausführung der Rechtsbestimmungen ist die Vor- und Ausbildung der Juristen. Die Berechtigung der Referendare zur Vertretung von Rechtsanwältin soll von zwei auf innerhalb Jahre Vorbereitungszeit herabgesetzt werden. Nach dieser Zeit kann der Landgerichtspräsident den einzelnen für sich erklären. Als Vorbereitungszeit des Referendars plant Breuagen eine Verabreichung auf drei Jahre. Die Vorbedingungen haben ferner darüber Einigkeit erbracht, die Fragen zum juristischen Studium und zur neuen juristischen Prüfung, als gewissen formalen Abschluss, zu lassen. Über die Frage des zweiten Examinens wurde noch keine Klärung erzielt. Zur ersten juristischen Prüfung seien auch Frauen zugelassen werden.

Reichsrat und Steuervorlagen.

Die Einzelstaaten gegen Erbsberger.

Bei der Erörterung der neuen großen Steuervorlagen im Reichsrat hob der Reichsrat die Ansicht hervor, daß sich die Ansätze der Steuern, für die Länder mehr herauszufinden. Auch verlangen die Einzelstaaten, daß alle jetzt eingebrachten Bestimmungen nur bis zum 1. April 1923 gelten sollen, und dann eine Neuordnung stattfinden müsse. Finanzminister Erbsberger erklärte die Bestände der Ausschüsse für unannehmbar, voraus Breuagen, Württemberg, Baden und Hamburg ihren Widerspruch fallen lassen. Bei der Generaldebatte erfolgte dann

eine Erklärung Preussens

von den Ministerpräsidenten Reich, in der es heißt: Die preussische Regierung stellt fest, daß die drei Steuervorlagen dem Reichsrat so hat von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, daß eine auf gründlicher Prüfung beruhende Stellungnahme zu diesen in finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutungsvollen Vorlagen nicht möglich war. Trotzdem stimmt Preußen zu, läßt aber weiter nachdrücklich erklären: Die preussische Regierung erklärt aber ausdrücklich, daß sie in Zukunft bei derartigen Vorlagen mit Beachtung der geschäftsverordnungsartigen Fristen behält, weil eine solche überfällige Behandlung zur Ausschaltung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats und damit zur Ausschaltung des Einflusses der Landesvertretungen auf die Gesetzgebung führen müßte. Es sagte dann weitere Proteste von Bayern, das den Zusammenbruch antizipierte, von Baden, Hessen und Württemberg. Baden verlangt ferner die Genehmigung zur Erhebung von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer.

Der höchste Steueretat der Welt.

Finanzminister Erbsberger hat dringend um Zurückziehung dieses Antrages. Sie könne er sonst seinen Land, im höchsten, den die Welt kenne, vor der Nationalversammlung verteidigen, wenn dazu noch Zuschläge erhoben werden sollten? Der Vertreter von Baden kammerierte, seinen Antrag nicht zurückziehen zu können. Je nach dem Ausfall der Abstimmung müßte die badische Regierung ihre Zustimmung zu dem Gesetz verweigern. Der badische Antrag wurde gegen die Stimmen von Baden, Hessen und Bayern abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.

Possilische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuß. Nach einer offiziellen Erklärung wird eine Änderung des bisher angewandten Verfahrens des Untersuchungsausschusses ins Auge gefaßt. Klammeln ist die letzten Bestimmungen, in deren Verlaufe die Zeugen aufst auf die ihnen vorgelegten präzisen Fragen präzise Antworten zu geben, was Erklärungen verlangen, deren politische Tendenz ungewiß bleibt, deren Zusammenhang mit dem ergebnisreichen Tätigkeitsfeld des betreffenden Untersuchungsausschusses hingegen sehr fraglich war, haben den Beweis erbracht, daß es im Interesse der Befriedigung der objektiven Wahrheit über die nichtausgenutzten Friedensmöglichkeiten nicht angängig sei, die Verhandlungen in der bisherigen Weise fortzuführen. Richtig sollen die Vernehmungen sich auf ein reines Verhör der Zeugen beschränken, also auf Fragen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses und auf die Antworten der Zeugen auf die betreffenden Fragen.

Das Betriebsrätegesetz. Der Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung hat nodmals zu einer Sitzung zusammen, um die restlichen noch unerledigten Artikel über

die Ein- und Ausstellung zu beraten. Für die Einmahlung wurden Anträge in Vorlage gebracht, die besagen, daß hierfür zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber Klärungen anzustellen sind. Gegen diese Regelung wandten sich stark Vertreter des Betriebs und der rechtsstehenden Parteien. Schließlich wurde ein Antrag des Betriebs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, welcher lautet: „Über die Einmahlung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrates zu entscheiden.“ Wesentlich der Ausmahlung wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien als Artikel 42 und 43 des Betriebsrat angenommen. Nach Annahme von Änderungen veränderter dem Betriebsrätegesetz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen wurde die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet.

Der Staatsanwalt und der Fall Schwarz. Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Schwarz eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung von Sonnenfeld aus Holland ist schon seit Anfang November in Gange.

Polen und die obersteinsten Wahlen. In recht offenerigen Worten beurteilt die polnische „osialistische „konetta Robotnik“ die Annulierung der Wahlen in Oberschlesien. Das Votum ist offen heraus, daß Polen erst dann, wenn es der Gnade würdig sein wird, als Verlobung Oberstleuten erhalten wird. Bis dahin wünscht die Entente der vollständigsten Herrscher in Oberschlesien zu sein und sie wird nur dann das politische Volk zum Einfluß gelangen lassen, wenn es die vorderungen der Entente erfüllen wird. Die Entente würde am liebsten die Abstimmung bis zum letzten Augenblick verhindern. Solange wird die Entente Oberstleuten an der Angel halten, bis sie Polen gefällig gemacht haben wird. Die Politik der Entente ist lächerliche Verrechnung. Im Grunde genommen ist es ja ganz gleichgültig, ob die Kommunalwahlen nach dem Grundlage der Freiheit hatgefunden haben oder nicht.

Protest Bayerns gegen die Zurückhaltung der Vorgängen. Die Parteien des bayerischen Landtags ob der Unklarheit erheben in einer alle politischen Gegenseite überbrückenden Einmütigkeit gegen die unerhörte Gefangenenernte des französischen Ministerpräsidenten verlaulenen Protest. Sie wenden sich an das Reichspräsidenten empfinden und an die Gerechtigkeitssphäre der Völker. er Mächte, sie wenden sich an das Gewissen der gesamten, auf den Nahrungsmittel der Zivilisation Anspruch erhebenden Welt.

Deutsch-Osterreich.

Ablehnung von der Sozialisierungspolitik. In der Nationalversammlung brachte der Staatssekretär für Verhältnisse das neue Sozialisierungsgesetz ein und bemerkte dazu: Im Widerspruchsvollen vorausgehen, möchte er schon jetzt betonen, daß die Vorlage im wesentlichen auf anderen Grundlagen aufgebaut ist, als jener Entwurf, der von der Sozialisierungskommission unter ihrem früheren Leiter im Frühjahr veröffentlicht worden ist, und der in verschiedenen Kreisen eine so lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen habe. Er fordert das Kapital auf, mitzuarbeiten an der Selbstrisikofähigkeit. Die neue Vorlage bedeute die offizielle Ablehnung von der Sozialisierungspolitik.

Großbritannien.

Das erste weibliche Parlamentsmitglied. Bei der Erziehung in Plymouth, die durch die Erhebung des Viscountess Mar zum Peer nötig geworden war, wurde Viscountess Mar, Mitglied der zur Koalition gehörenden Unionisten, gewählt. Sie ist die erste in das Unterhaus gewählte Frau. Die Gewählte ist amerikanischer Herkunft.

Ans In- und Ausland.

Saarkränen. Die Regierungen des Saargebietes sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten; sie haben dem französischen Grundbesitzbesitz die Forderungen unterbreitet.

Wästel. Der neue belgische Senat setzt sich zusammen aus 59 Katholiken, 35 Liberalen, 25 Sozialisten und einem Mitglieder der Partei der nationalen Wiederaufrichtung.

Massenhinstellungen in Rußland.

Rebel. Nach einer Meldung aus Petersburg wurden von den Bolschewiken wegen Unruhmäßigkeiten der weißen Truppen noch weitere dreihundert Personen hingerichtet.

Todesstrafe für Schlechtbändler.

Krafen. Die politischen Gerichte gehen gegen alle Schwelger und Kettenhändler mit schweren Strafen vor. So wurde hier ein Schlechtbändler zum Tode verurteilt und erschossen.

Widererkrise in Mexiko.

Amsterdham. In Mexiko ist der Virenkrisis ansprochen. Präsident Carranza ist nach der Stadt Mexiko geflohen. In Washington geht das Gerücht, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bevorsteht.

Revisions des Friedensvertrages.

Mailand. Anlässlich der bereits gemeldeten Aenderung Taraxis in der „Critica Sociale“ beiricht ein Artikel des „Secolo“ die unabhängige Abstammung einer Revision des Verfallter Friedensvertrages, der die Ruhe der Welt von neuem gefährdet. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß der Vertrag, der die Welt nach dem Weltkrieg in Ordnung und das Fortschrittliche werde, er habe bewirkt, daß es statt dessen mit Nachgedanken umgehe.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Professor Fritz Schaper, der bekannte Berliner Bildhauer, ist gestorben.

Kassel. Gegen die Forderung des Oberbürgermeisters ostens durch Scheidemann ohne vorherige Ausdehnung erobert die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung wie auch die gesamte demokratische Parteiorganisation lebhaften Protest.

Wien. Sie hat eine große Anzahl bedeutender Geschäftsbänder die Zahlungsunfähigkeit angemeldet.

Wafel. Auf der Wafel ist in den letzten Tagen auch der französische Frank ganz bedeutend im Kurse gefallen.

Ochsfischer Wälder begnadigt. Der Bergmann Josef Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Reumann in Prambauer und deren Dienstmädchen ermordet hat und bezogen sechs Mal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Beslerfede, den 2. Dezember 1918.

(3) Die Postanstalten nehmen von heute ab Zinsheine von Privatpersonen nicht mehr an.

Der Verwaltungsanwärter Erich Meyer und der Amtschreiber Georg Helms vom hiesigen Amt haben die am 18. und 19. September vorgenommene Amtsklausurprüfung bestanden. Sie führen fortan die Dienstbezeichnung „Amtsar“.

Der verlossene Monat November, der anfangs ein sehr mürrißliches Gesicht zeigte, brachte uns in den letzten Wochen doch noch mildes, feucht-warmes Wetter, das zeitweise sogar ein frühlingmäßiges Gepräge hatte, ein Umstand, der der Landwirtschaft für das Ernten der Getreide sehr günstig war. — Der Dezember erinnerte uns herbei durch den leichten Frost in der ersten Nacht an seinen winterlichen Charakter, den er nach Ansicht der Wetterkundler in der nächsten Zeit dadurch noch mehr betonen wird, daß die bisher milde feuchte Witterung bei langem Einlen der Temperatur allmählich in ein kälteres, anfangs noch regen- und schneereiches, später meist trockenes Wetter übergeht.

Der Obstbaumbeleger, der seine Pflanzlinie jetzt nach jenderer Ernte aufmerksamer beobachtet, wird nicht selten auf unangenehme munterartige Früchte an seinen Bäumen finden. Sie verdanken ihre Entstehung einer Pilzkrankheit (Monilia), die bereits im Frühjahr an den Blüten und Knospensprossen zu bemerken ist, dann aber leicht übersehen wird. An den Früchten äußert sich die Krankheit in der Weise, daß auf ihnen befruchtete Knospen mit absterben, oft ringförmig angeordnete Nadeln entstehen. Wenn solche Früchte eingelagert werden, verfallen sie schnell der Fäulnis. Im großen Teil bleiben sie aber am Baume hängen und trocken an den eben genannten „Fruchtmonien“ ein. Die von der Krankheit befallenen Bäume gehen von Jahr zu Jahr im Ertrage zurück. Wo sie auftritt, sollte man daher nicht verläumen, Befruchtungsmassnahmen zu ergreifen. Wer an seinen Obstbäumen Freude erleben will, für den ist es jetzt auch Zeit, die Stämme und die von der Baumcharakter von Flechten, Moos, alter Borke zu säubern. Die Abfälle müssen sorgfältig gesammelt und verbrannt werden, da sie viele Obstschädlinge in Form von Larven und dergleichen enthalten. Nach der Reinigung sind die Stämme mit frischem Anstrich von Kalk oder Kalbholzwasser mit Kalk zu versehen. Raupenwälder (der Goldfalterraume, des Baumweißlings und anderer) und Gespinne der Gespinntotte sind zu entfernen und zu vernichten. Zweige, an denen der Ringelspinner seine Eier abgelegt hat, müssen ausgeschitten werden, ebenso die von Monilia befallenen Zweige und solche, an denen Nadeln hängen. Die Wundstellen sind zum Schutz gegen Infektion mit Teer zu bestreichen.

Bad Zwischenahn. Unsere Volksschule ist seit einiger Zeit thalig. Die 7. Klasse ist in der Turnhalle untergebracht. Als Lehrkraft ist eine Lehrerin nach hier versetzt worden.

Dem Bäckermeister Reil wurden vor einigen Abenden eine Menge Bonbons und außerdem aus der Ladentasse rund 300 Mk. Geld gestohlen. Der Bestohlene begab sich zum Bahnhof und bemerkte dort 2 der Schule entlassene Geschwister aus Specken, die fortwährend aus einem Eimer, den sie bei sich führten, Nadeln entnahmen und recht froh waren. Die beiden wurden untersucht und fand man das ganze Geld noch bei ihnen. Die älteste der Geschwister soll seit dem Abend spurlos verschwunden sein.

Bad Zwischenahn. Ein reger Betrieb herrscht augenblicklich in dem früher Wölschen Tannentamp. Nachdem derselbe abgeholt ist, sind die verschiedenen Käufer des Grundstückes dabei, daselbst zu kultivieren. Zunächst müssen aber die Baumstämme heraus. Ein Käufer pflanzt dieselben, und hört man tagtäglich weit hin das Dröhnen. Andere wenden ein weniger kostspieliges Verfahren an. Sie schlagen die Seitenwurzeln ab, legen dann ein hartes Drahtseil um den Stamm und ziehen diesen dann mit et Winde aus der Erde heraus. Ein Einwohner aus Altentamp, der während des Krieges jahrelang in Australien interniert war, hat dieses praktische Verfahren dort kennen gelernt und hier eingeführt. Die Baumstämme werden verpicht, am Bestimmungsort zerlegt und dann als Brennholz verwendet. Der Preis für 1 Eisenbahnladung — 10000 Mgr. — Stämme beträgt 650 Mark ab Ladestelle. Wer harrt dort wohl dacht, daß die ein Knipp noch mal so well Geld kosten denn. Da wir auf dem Ammerlande noch an sehr vielen Stellen abgeholt Flächen liegen, die noch nicht von den Stämmen befreit sind, so sollte man jetzt hingehen. Die Arbeit kann mit dem Erlös für die Stämme glatt bezahlt werden, vorausgesetzt, daß die Entfernung von der Bahn nicht allzu groß ist. Daß der Boden dann bedeutend besser bearbeitet werden kann und viel mehr aufbringt, weiß jeder. Außerdem könnte man manchen Arbeitslosen dabei beschäftigen. Also, ran ans Werk!

Bad Zwischenahn. Walter von Rudtshells Vortrag „Letztes Vorbed und die Kämpfe in Ostafrika“ ist im schönsten Sinne des Wortes populär. Schlicht und warm schildert er die menschlichen Erlebnisse seiner Kriegsjahre, die treuen Schwarzen und das wunderbare Sonnenland, an dem sein Herz noch heute hängt. Jedermann muß von seiner Darstellung zu warmem Anteil hingezogen werden und von der Schönheit seiner Schilder unergreifliche Eindrücke empfangen. Hauptmann von Rudtshells befand sich 1914 zu Studiengängen in Ostafrika und hat dann trotz mehrfacher Verwundungen den größten Teil des Feldzuges mitemgemacht, zuletzt als Adjutant des Generals von Lettow-Vorbed. Nie noch hat uns die seltsame Größe Lettow-Vorbeds so lebendig entgegen wie in den warmherzigen Aus-

fürungen seines getreuen Paladins. — Ausdehnung hat in einer großen Anzahl deutscher Städte Vorträge gehalten, die mit Begeisterung aufgenommen wurden. Für ganz Oldenburg findet der Vortrag nur in Zwischenahn statt und zwar am 10. Dezember, abends 8 Uhr, in den Zwischenahner Lichtspielen. — Siehe auch die betr. Anzeige. — Allen Kreisen, namentlich auch Auswärtigen, sei der Besuch des Vortrages angelegentlich empfohlen.

— **Ohrwege.** Auf den niedrigen Schweger und Burgfelder Weiden, die schon teilweise überflutet sind, ist man jetzt, bei den mondlichen Nächten, eifrig beim „Hütten“. Bei Einsetzen der Dämmerung triecht der „Hütten“ in seine Hütte und sucht, solange ihm der Mond sein silberhelles Licht spendet, die von der Locke herantagenden Enten zu schleifen. Wenn das „Hütten“ auf den Weiden auch nicht so einträglich ist wie auf dem Zwischenahner Meer, wo nicht selten in einer Nacht 20—30 Enten erlegt werden, geht hier doch auch manche Ente ins Garn. — Einen hohen Blutzoll muß das Geschlecht Reintides in Dänthorst zahlen. Dort wurden in den letzten Tagen wieder zwei Fische gefangen. Jetzt sind es schon sechs Tiere, die in diesem Herbst in Dänthorst gefangen bzw. gefangen wurden. Im Interesse der Sicherheit unseres Geflügelhofes ist es sehr zu begrüßen, daß die von Jahr zu Jahr immer schlimmer werdende Fuchsplage so erfolgreich bekämpft wird. Aber auch für den Jäger bietet die Fuchsjagd neben den weidmännischen Freuden einen nicht geringen pekuniären Gewinn, kostet ein Fuchspelz doch schon bis 300 Mk.

— **Gewicht.** Im amtlichen Jahresbericht der Oldenburgischen Staatsbahn für 1918 heißt das Ergebnis über die unserer Gemeinde gehörende Kleinbahn: Zwischenahn—Edewecht: Kleinbahn von 6,99 Kilometer, beförderte in 2082 Zügen, je 3 in jeder Richtung, 34 878 Personen, 48 Tonnen Gepäck, 19072 Tonnen Güter. Einnahmen aus Personenerkehr 24 160 Mark, aus Gütererkehr 22 656 Mark, im ganzen 58 337 Mark. Die Ausgabe betrug 41 044 Mark, 70,36 v. H. der Einnahme, Ueberschuß 17 293 Mark gleich 3,77 v. H. des verrechneten, 4,77 v. H. des von der Gemeinde aufgebrauchten Kapitals.

— **Oldenburg, 29. November.** Heute morgen hat die „Dampfsack-Lenkung“ mit dem neuen Besitzer an Bord den hiesigen Hafen verlassen und wird nach Hamburg gebracht. — Die hiesigen Gewerkschaften haben aus ihrer Mitte eine Abordnung gewählt, die mit dem Ministerium über Maßnahmen gegen den Schleichhandel und Lebensmittelwucher verhandeln soll. Am Freitag fand die erste Besprechung mit Ministerpräsidenten Tangen dielerhalb statt. Die Gewerkschaften bestehen auf ihrem Verlangen, daß endlich energig gegen den Schleichhandel und Wucher vorgegangen wird. Hier in der Stadt wird darnach auch schon verfahren. Eine scharfe Kontrolle wird geübt.

— Die Vorarbeiten für die Reform des Schulwesens werden hier mit Umsicht und Energie betrieben. Es sind bereits mehrere Ausschüsse eingesetzt worden, die die Lehrpläne für die neue Grundschule ausarbeiten sollen. Auch werden Pläne aufgestellt für die Einteilung der ganzen Stadt in Schulbezirke. Anfang Januar erwartet man die Reichsschulkommission, die den Abbau der Vor- und Mittelschulen, sowie die Einrichtung der Grundschule zu Ostern 1920 anordnen wird. In unserer Stadt werden alle Vorkehrungen getroffen, um dann Ostern mit der Schulreform beginnen zu können.

— Der in Vorbereitung befindliche Preisprüfungsstelle sollen alle beteiligten Produzenten, Handels- und Gewerbetreibende, sowie Sachverständige angehören. Der Handels- und Gewerbeverein stellt 18 Mitglieder, das Gewerkschaftsamt 7, der Angestellten-Ausschuß 2, der Soziale Ausschuß 4, Beamtenvereinigung 3, Hausfrauenverein 2 Vertreter. Die Kosten werden von Stadt und Amt Oldenburg gemeinschaftlich getragen.

— **(o) Alt-Ostfriesland.** Stünds wordt 't heet gien Dag, de Morgen gift den Abend de Dorltine in de Hand. Vastig för de, de up 'ne Kardidlampe anwiesn sünd. Lucht mit 'd' wesen alle Dagenlidt kam d'r wat geboren, man worderneem? Seter, vor Tieden muessen wi us mit 'ne Tranzungel behelpen op mit 'ne Angeltreke. Ja, wenn mi Tran harrn, so die Angeltreke, der wullen wi d'r toetree mit. Dar is nu aber neet an toe ruten. Petrosium is d'r noch neet verbeert; wat d'r so verofft is för voer Mart een Yter (I) is gien Petrosium, dat 's Gemengeld van Ties, wat de U-Booden brukt hebben un nu verkingeld wordt up dissen neet mehr unbetamten Wag. Sümmbar is, dat silt den Dag, war de Priese för de Schwefelsties fallst sünd, gien Döste mehr toe friegen is. War silt den? De Priese fallt nuet noch noch gemeng, dar sall de Krat wolt silt. In de Stadt kam man 1914 een Kales (sein Döste) för dat Bannhandzel Markt betrapen un dat geht fowiet, dat hente 65 Prozent van dat Antomen betalt wort'n mutten. Du lacht? So sien Jung, un sann dat infomiet egal wesen: as dat nu o noch heet: wor nig is, heet Eber sien Recht verloren. Segg aber ins, wo denkst di dat wieder? — Dar makst di gien Koppen over? Heet recht, old Baas, 'i fumm doch, as 'i fumm, un dat is seler: mennigen löden de Dagen noch ooverloopen: wenn di wagt hart, dat 'i so fowann, dann... Ja, hart di un wenn di sünd Broers. Pah man un, dat fumm noch ganz amers. Dor brukt di gar gien grote op lütte Fropheit so wesen, dat fumm 'n blide Sämmel mit 'n fummten Boat foelen: wi sünd noch langit neet over dat Rügste. Dat fann uns doch nims verbedenken, wenn oit un Reetung gare neet stümt het, de van 'n 9. November 1918 is heet un dall verhofft. Wat ist nu daroer segg? Sall 'i noch mehr seggen? Goed: de Rave is verfahren, grundel, aber wer nie gefoert, wer flets geweselt blos, dem wirt das Schidial lachend in den Schoß: welle Blätter.

Landeslehrer-Verein.
— **g) Oldenburg, 29. November.** Der evangelische Landeslehrer-Verein hielt hier heute seine angegliederte außerordentliche Versammlung ab, die trotz der schlechten Verkehrsverhältnisse recht gut besucht war. Die Leitung lag in den bewährten Händen des Direktors Meinen. Als erster Gegenstand beschäftigte man sich mit

der Herausgabe einer Zeitung des Oldenburger Beamtenbundes, die am 1. Januar erfolgen soll. — Die Versammlung beschloß einstimmig, sich an der Zeitung mit Rücksicht zu beteiligen. Dem Deutschen Beamtenbunde wurde ein Sonderbeitrag von 3 Mark für das Mitglied bewilligt. Der nächste Antrag betraf die Schaffung einer dritten Schulratsstelle. — Dem Antrag ist eine Vorlage zugestimmt, nach der beantragt wird, zu den bisherigen noch eine dritte Stelle für ein ordentliches Mitglied beim Oberstufkollegium zu schaffen. Die großen Umwälzungen in unserm Schulwesen machen viel Arbeit und bedingen, daß das Oberstufkollegium ein Mitglied vermehrt wird. — Die Versammlung sprach sich nach eingehender Besprechung dieses Gegenstandes dahin aus, daß die dritte Oberstufkollegiums-Stelle aus der Oldenburger Lehrerschaft besetzt werde und der betr. Beamte das Vertrauen der Oldenburger Lehrerschaft besitzen müsse. — Weiter wurde gefordert, daß sowohl der Logen-Haaren wie der großen Reichs-Konferenz zur Neugestaltung der Schulverwaltung neben dem beherrschenden Vertreter des oldenburgischen Schulwesens auch Vertrauensleute der Lehrerschaft angehören müßten. Hauptlehrer Bernett-Hofentamp hielt sodann einen Vortrag über den Konfirmandenunterricht. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Unterricht in der Schule durch den Konfirmandenunterricht sehr geschädigt werde. Einstimmig nahm die Versammlung einen Antrag an, nach dem der Konfirmandenunterricht in die Zeit nach der Schulentlassung verlegt werden soll. Die Konfirmanden sollen dann möglichst frühzeitig aus der Schule entlassen werden, vielleicht schon im Februar.

Lezte Drahtnachrichten.

— **Hamburg, 1. Dez.** Die Luftwaffe haben nunmehr die Angestellten des Logen- und Nachtrachtungsbezirks aufgebodet, zur Erledigung der Arbeiterentlassungen am Dienstag im Büro zu erscheinen. Heute ruht der Betrieb vollständig. Bisher sind keinerlei Aufhebungen vorgenommen. Von dem Garnisonalisten wurden keine besonderen Maßnahmen getroffen. Da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt, jedoch ist für erhöhte Bereitschaft geortet. Die Luftwaffe halten heute eine Vorbesprechung mit dem Arbeiterrat ab.

— **Haag, 1. Dezember.** „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß der Kongreß heute wieder zusammentrat, daß es aber anderseits noch zu keinem Vergleich bezüglich der Kapitulation gekommen ist.

— **Paris, 1. Dezember.** Nach einem Radiotelegramm aus Rom soll der Papst den Erzbischof von Paris beauftragt haben, der französischen Regierung seinen Wunsch nach Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterbreiten.

— **Mailand, 1. Dezember.** Ueber die Eröffnung der römischen Kammer beschäftigt sich die Zeitung „La Mera“ und über die von den Sozialisten angenommene Fassung. Kaum hatte der König die Mula betreten, als die Sozialisten ausstiegen. Es lebe der Sozialismus, die Arbeiterinnern anstimmten und gleichzeitig den Saal verließen. Alle anderen anwesenden Deputierten begrüßten den König unter enthusiastischen Zurufen, sodas die sozialistische Kundgebung erstickt wurde. Einige Minuten später konnte der König seine Rede beginnen.

Jeder Ammerländer, der Gemeinssinn besitzt und zunächst genau über die Vorgänge in seiner engeren Heimat unterrichtet sein möchte, bestelle sich in erster Linie den „Ammerländer“.

Amliche Bekanntmachungen.

Amt. Westerfede, den 28. November 1919.
Für die Hausfluchtungen im Schaubezirk Westerfede IV werden bis weiter folgende Tage bestimmt:
für Dohst Hamiel Montag und Dienstag, für Torsholt Wittwoch und Donnerstag, für Manke-Udbern Freitag und Sonnabend. Nur an diesen Tagen kann auf rechtzeitige Ausführung der Fleißbeschau gerechnet werden. Münzebrod.

Holz-Verkäufe

in der Oberförsterei **Barel.** Revier Westerfede.
1. am Montag den 8. Dezember aus dem Forstort Südholz:
ca. 200 fm Kiefern — Kammspähle, Sägeböde, Balken, Sparren und abshmitte, ca. 5 fm Fichten — Derb- und Reiskantgen, ca. 15 fm Laub- und Nadelholz, Derrbrennholz, Käufer versameln sich vorm. 9 1/2 Uhr beim Bahnhof Südholz.
2. am Montag den 15. Dezember aus dem Schaubezirk Wittenheim, um 1 1/2 Uhr nachmittags in derdes Wirtshause zu Burgforde:
ca. 200 fm Kiefern — Kammspähle, Sägeböde, Balken, Spa ren und abshmitte, ca. 5 fm Fichten — Derb- und Reiskantgen, ca. 5 fm Eichen bis 30 cm Durchmesser, ca. 10 fm Birkenabshmitte, Holzschubmacherbo ca. 70 fm Laub- u. Nadelholz, Derrbrennholz. Vorzeigen des Holzes zu 2 am Sonntag den 14. Dez. über und am Verkaufstage durch Holzwärtter Meinen, Burgforde. Rodenberg.

Der Gemeindevorstand.

Westerfede, den 2. Dezember 1919.
Torfstreu
kann noch abgegeben werden. Näheres auf dem Gemeindebüro. Lanje.

Am Freitag den 5. ds. Mts.,

Schweine u. Schaafmarkt

Westerfede, den 1. Dezember 1919.
Der Gemeindevorstand. Lanje.

Am Montag den 8. Dezember ist det bei Feinheits 6 treid-schuppen hierfelbt

Abnahme von Hafer

statt und zwar: morgens von 8-9 Uhr für die Bauerssch. Westerfede, Galstrup u. Westerfede, von 9-10 Uhr für Sollwege und Moorburg, von 10-11 Uhr für Halselb und Eggeloge, von 11-12 Uhr für Lnswege und Burgforde, nachm. von 1-2 Uhr für Petersfeld, Garsholt und Hülfte, von 2-3 Uhr für Gieselhorst, Torsholt und Dohst, von 3-4 Uhr für Manke, Udbern und Westerfede, von 4-4 1/2 Uhr für Herst und Thauen. Gleichzeitig soll in Grimm's Sägemühle hierfelbt

Roggen u. Weizen

abgenommen werden. Es kann in eigenen Schden abgeliefert werden. Wer Erhäfte benötigt, kann dieselben am Freitag den 5. Dezember, morgens von 9-10 Uhr beim Gerbschuppen hierfelbt in Empfang nehmen. Die Landwirte werden dringend gebeten, in den angezeigten Terminen das ihnen aufgedehnte Quantum Hafer restlos zur Ablieferung zu bringen, damit der Amtsverband seiner Ablieferungspflicht an das Reich nachkommen kann. **Wallrichs, Wettermann.**

Kartoffel-Abnahme

bei frohfreiem Wetter auf **Station Westerfede** am Freitag den 5. ds. Mts., von morgens 8 bis 12 Uhr. Bitte um sofortige Anmeldungen. **Schmale.**

Kaninchen

und Wildt kauft zu höchsten Tagespreisen. Abnahme jeden Wochentag. **J. S. Ramken, Apen**

Edewecht.

In Aufrage eines Dritten werden am **Sonnabend den 6. Dezbr.,** nachm. 2 Uhr an, bei der ten. Hoff'schen Wohnung am Edewechterdamm:

- 1 belg. Stute mit Stutfohlen,
- 1 gutes Arbeitspferd (Kaufe),
- mehrere Pflüge, Pferdegeschirre, 1 Kartoffel-Sortiermaschine, 1 kl. Landbaumotor u. mehr. andere Sachen,
- öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Kaufstehhaber ladet ein **Meinrenten, Autt.**

Puppen-Klinik

Herrn. Wehlau Sachgemäße Behandlung aller Schäden an Puppen
Zu verkaufen 1 gut erhalt. **Spinrad.** Frau **Anna Meyeroltmanns, Manke.**
Zu verkaufen ein blaues **Cheriot-Anaben-Jackett u. Weste**, für Alter v. 13 bis 14 Jahren, sowie ein **Mantel** (Freidensware). Näheres durch **J. Hanentamp.**

Bänne.

Nehme noch zum letzten Male Bänne ab. Nehme auch geschlachtete. Zahl hohe Preise und bitte um sofortige Angebote. **H. Schröder**

Alpen.

Für **Säule u. Felle** aller Art zahle ich höchste Preise **J. H. Hinrichs.**
Das Fällen und Aufarbeiten v. Ballholz (Eichen) und Buchbinden habe zu vergeben. **G. Brünjes, Dohst.**

Flanell

kann abgeholt werden **J. D. Harms Nachl.**
Prima Gummi **Sofentträger** empfiehlt **Karl Deltjen.**

Kuhhaffe Codensholl.

Hebung der Beiträge (1/2 %) findet am Sonntag den 7. Dez. in meiner Wohnung statt. **Kemmers, Rechtf.**

Biehbügel und Seitenketten

trafen ein bei **Ite Baumann.**

Bettmatten

Befreiung garantiert sofort. Alter und Gestalt angeben. Austausch gratis. Verandhaus Woblfahrt, Münden 900 Hiltensbergstr. 6.

Mädchen

für Landwirtschaft **Joh. Sobbie, Einswege.**
Zum 15. d. M. wird für Mädchen gesucht ein erfahrenes zweifelhafte

Hausmädchen

gegen hohen Lohn und gute Verpflegung gesucht. Anmeldungen nimmt entgegen Frau **Häfer, Amstasse, Westerfede.**

Annahme von Sellen

zum Weigerverben. **R. Sprenger.**

Kranken Frauen

und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleben (Blutarmut, Wechtheit) in kurzer Zeit geheilt wurde. Näheres erbet. Frau **Bertha Koopmann, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 104.**

Dentist
Otto Botz
Oldenburg i. O.
Theaterwall 24.
Fernspr. 467.

Augustsehn.
Habe abgegeben
Kranz-Därme und
Mittel-Därme,
auch übernehme ich
Sauschlachtungen
aller Art.
Johann Kurz.

Ich bin stets Käufer von
guten, jungen, reellen



Pferden
und bitte um Angebote.
Büffelmann, Dänikhorst
Fernspr. 217 Zwischenahn.

Gänse,
Hühner,
Enten,
Kaninchen,
Häsen
und alle Sorten Wild
kauft zu höchsten Preisen.
Abnahme jeden Tag.
D. Deltjen, Zwischenahn.

Wir kaufen stets
Ferkel

und
Läuferichweine
und zahlen höchste Preise.
Abnahme Donnerstag, Sitten
um Angebote.
Gerh. Meyers Söhne

Kaufe ständig beste
Ferkel,
sowie
Kaninchen und Ziegen
zahle höchste Preise. Für
festere beiden Abnahme jeden
Tag.
H. Schröder.

Ostscheps. Zu ver-
kaufe acht
Ferkel
8 Wochen alt.
Joh. Delljenbruns.

Kalkmergel
bester Misburger
sofort ab Lager lieferbar.
Oldenburg - Offiziellste
Kohlen- u. Breiwerk-
triebsgesellschaft m. b. H.
Oldenburg, Handelsstr.
Fernspr. 53, 54 u. 154.

Goiesdienst
Donnerstag den 4. Dezember,
6 1/2 Uhr,
bei Fr. Siemens-Holtwege,
Freitag den 5. Dezember,
8 1/2 Uhr,
bei G. Sanders-Id-England.
Jedermann ist herzlich ein-
geladen.
E. Elver.

Erhielt wieder neue Sendungen in
farbigen Mänteln
für Frauen und Mädchen.
J. D. Harms Nachf.

Loden-Zoppen
Starke gefütterte Qualitäten.
Unter-Hosen Normal-Hemden
Unter-Jacken Farchent-Hemden
Herren-Sweater Tümpel-Kittel
Nur beste Ware.
M. SCHULMANN,
38 Achternstr. Oldenburg. Achternstr. 38

Zwischenahn.
Mein Lager in
Ersfakteilen
für sämtliche landwirtschaftl. Maschinen
verschiedener Fabrikate ist vollständig wieder aufgefüllt.
Da jetzt die günstigste Zeit zur Aufstellung ist, so bitte
ich die Herren Landwirte, die Maschinen jetzt bringen zu
wollen.

Gerhd. Sandstede.
Empfehle
Winter-Zoppen
für Männer, Jünglinge und Knaben,
in dunkel, grau und grün.

J. D. Harms Nachf.

Zwischenahn.
Empfehle zur sofortigen Lieferung ab Lager:
Stiftendreschmaschinen mit u. ohne Schüttler
Göpel in verschiedenen Größen,
Grasmäher in verschiedenen Fabrikaten,
Heurechen, — Handrechen,
Schrotmühlen,
Düngerstreumaschinen „Felsen“ und
Kunstdüngermühlen,
Kreislagen,
Häckselmaschinen für Kraft, Göpel u. Hand,
Kartoffelsortiermaschinen,
Klee- und Grassoatmaschinen,
Torfstreumaschinen,
Zauchefässer in allen Größen,
Zauchepumpen in verschiedenen Längen,
Viehwagen, Flügelpumpen
Dezimalwagen, Hauspumpen,
Pferdechaden, Spatenneggen,
Handdrillmaschinen, Wieseneggen,
Doppel- u. Einradhaken, Horneggen,
Kultivatoren, Saateggen,
Aderwalzen, Feineggen,
Strohschneider, Löffleggen,
Balkenmaschinen, Pflüge,
Wassermaschinen, Wagenheber,
Walzenmaschinen, Winden,
Wachstempel, Dele,
Kartoffelquetscher, Stauerfette,
Kurbelmotore, womit sämtliche kleinen
Haus- und landwirtschaftlichen Maschinen
getrieben werden können.
Großes Lager in **Ersfakteilen.**
Durch große Einkäufe bin ich in der Lage, mäßige Preise
zu halten.

Gerhard Sandstede

Freundschaftl. Vereinigung Zwischenahn.
Lettow-Vorbeck
und die Kämpfe in Ost-Afrika.

Vortrag mit Lichtbildern,
gehalten von
Sauptmann von Ruckelshell, Adjutant Lettow-Vorbecks.
am **Mittwoch den 10. Dezember d. Js.** abends 8 Uhr,
in den **Zwischenahner Lichtspielen.**
Eintrittspreis einschließlich 3 Mark.
Der Reinertrag ist für den Verein der geschädigten Ostafrikaner und
den Verein der Kriegesbeschädigten Zwischenahn bestimmt.
Kartenverkauf bei: Joh. Brunten-Ohrewege, Gustav Hintichs-Matenkamp,
H. Grambar, Kollrup, D. zur Lage-Elmendorf, L. Nühl-Kathausen, G. J. Krüger-Etern,
H. Schneider-Nichthausfeld, H. Benning-Nichthausfeld, in Zwischenahn bei: Fr. Brauns Jr.,
Karl Schmidt, Julius Fischer, Delesz-Frahm, Carl Lange, Bäckermeister Neumann und in
den Zwischenahner Lichtspielen.
Tel. Bestellungen unter 226 Zwischenahn erbeten.

Ldw. Bezugsgen.
Shausen.
Bestellungen auf
Kainit, Kalkmergel,
Stückerkalk,
für die Frühjahrbestellung
nimmt der Geschäftsführer
bis zum 8. d. Mts. entgegen.
Der Vorstand.

Ldw. Bezugsgen.
Shausen.
Es wird gebeten, wegen
Jahreschluss die noch nicht
bezahlten Rechnungen bis zum
20. ds. Mts. zu begleichen.
Der Vorstand.

Apfel u.
Birnen
können wieder angeliefert
werden.
Fritz Schneider.

Ldw. Bezugsgen.
Hollwege.
Am Donnerstag den 4. d. M.,
von 10 Uhr morgens an,
Ausgabe der bestellten
Stiefel
u. **Schnürschuhe**
gegen bar.
Der Vorstand.
Friedr. Bierfer.

Edeweicht.
Sonntag den 7., 14. und
21. Dezember: —
Großes
Preis-Kegeln.

1. Preis: 1 fetter Gans,
2. Preis: 1 Ente,
3. Preis: 1 Kaninchen
und sonstige gute Preise.
Anfang nachm. 2 Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung
bittet
W. Oltmanns.

Langebrügge.
Som. Sonntag den 30. Nov.
bis einchl. Sonnabend des
20. Dezember großes
Preis-
festen
am Sonntag den 21. Dezbr.
Appellschicken. Es kom-
men nur wertvolle Preise,
Gänse usw. zur Versteigerung.
Hierzu ladet freundlich ein
E. Reifers.

Zum Weihnachtsfest
empfehle
schöne Geschenke
für Herren, Damen und Kinder
in
Silber, echt Gold u. Dublee.
Große Auswahl in allen Preislagen.
Unterhalte großes Lager
Uhren
aller Art.

Süd-Edeweicht. Ed. Aug. Horn.
Uhrmacher.

Bokel
Hiermit zeige die Er-
öffnung meiner
Weihnachts-
Ausstellung
an.
Th. Hegemann

Jeddeloh 1.
Im Saale des Herrn Krey:
Genzels Kunst- u. Figurentheater.
Freitag den 5. Dezember:
Genoveva
Trauerspiel in 6 Akten von Kaupach.
Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze: 1. Platz 300 Mark, 2. Platz 2 Mark.
Es laden freundlich ein
Kreuz. S. Genzel.

Oldenburger Landbund
Gemeindebund Zwischenahn.
Am Sonntag den 7. Dezember, nachmitt. 3 Uhr,
in Meyers Hotel hierelbst:
Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bildung von paritätisch zusammengesetzten Einigungs-
Ausschüssen (3 Arbeiter und 3 Arbeitnehmer) zur
Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der
Landarbeiter und Dienstboten.
2. Allgemeine Landbundsfragen. Referent: Hausmann
Brünjen-Ohrewege, 1. Vorsitzender des D. L.)
Zu dieser äußerst wichtigen Versammlung
werden alle Arbeitgeber u. Arbeitnehmer (männ-
liche und weibliche), einerlei, ob sie Mitglieder
des Landbundes sind oder nicht, freundlich ein-
geladen.
Der Vorstand.

Sport- und Sportverein
Westerheide.
Monats-
Versammlung
anschließend Komers,
am **Sonnabend abends**
8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Erscheinen sämtlicher Mit-
glieder erwünscht.

Augustsehn.
Gasthof zur Krone.
Am 2. Weihnachtstag:
Ball.
Anfang 5 Uhr,
wozu freundlich einladet
W. Jos. Enbrants.

Hollen bei Wester-
heide.
Regelklub „Der Nagen“.
Am Sonntag den 7. Dez.
Ball,
wozu freundlich einladen
Der Vorstand,
S. Jönken.

Krieger-Berein
Eggelege.
Am Freitag den 5. Dezbr.:
Krieger-Ball.
Hierzu laden freundlich ein
der Vorstand,
J. Hermanns.

Tange.
Für die uns zu unserer
Hilfen Hochzeit erwiesenen
Zuflucht danken wir
hiermit unsern herzlichsten
Dank. **Friedr. Caspers**
u. Frau.
Dankfagung!
Anquaffsch, den 28. Nov.
Für die vielen Beweise
herzlichster Teilnahme bei dem
schweren Verluste unserer Lieb-
den Entschlafenen sagen wir
allen denen, die uns während
ihrer Krankheit so hilfreich
zur Seite standen, ihren Satz
so reich mit Kränzen schmückten
und ihre das letzte Geleit
gaben, insbesondere Herrn
Walter Köpfen für seine trost-
reichen Worte unsere herz-
lichsten Dank.
Fritz Lange u. Frau,
nebst Angehörigen.

Ihre Bemerkung geben
bekannt:
Joh. Müller und Frau
Martha geb. Freys.
Westerheide, 2. Dez. 1919.

Saistrup, den 1. Dez.
Nach langen Leiden
entschiedlich heute morgen
6 Uhr unsere liebe Nichte,
Entel- u. Pflügelins
Sherese Rudolph
im Alter von 5 Jahren,
Familie Rudolph.
Beerdigt am Frei-
tag den 5. Dezember,
nachm. 2 Uhr.

Der Ammerländer

(Zeruprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr: Für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingelangter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzverrichtungen bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 283.

Wetterstunde, Donnerstag den 4. Dezember 1919.

59. Jahrgang.

Demnachst . . .

„Sofort“ hieß es im Vorkamer-Preußen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wenn die Regierung sich genötigt sah, nach langen Kämpfen irgendeine Reform auf dem Gebiete der inneren Verwaltung in Aussicht zu stellen — und man konnte sicher sein, daß nach diesem Versprechen, mit dem die öffentliche Meinung fürs erste wieder eingeschüchelt war, zunächst eine ganze Weile lang gar nichts geschah. Wenn Herr v. Bülow dann nach einem halben oder ganzen Jahr an sein „Sofort“ erinnert wurde, pflegte er mit dem unschuldigen Gesicht von der Welt zu fragen, damit ich doch nicht notwendigerweise schon heute oder morgen gemeint gewesen, im Leben eines Volkes müsse mit weiteren Belträgen gerechnet werden als im Dasein des Einzelnen, und wenn es so weit sei, daß seine Zusage eingeholt werden könne, werde noch immer nichts veräumt sein. Und so weiter. Die heutige Regierung hat sich den Gang der von ihr für notwendig gehaltenen inneren Erneuerung unserer Verhältnisse auch etwas rascher vorgeeilt als die harte Wirklichkeit es zuläßt; deshalb ist sie vorichtig geworden in der Abgabe von Versprechungen. Sie sagt nicht „sofort“; sie sagt: demnachst . . .

Demnachst, hören wir jetzt wieder, sollen Maßnahmen gegen den deutschen Ausverkauf getroffen werden. Schon in Weimar wurden gelegliche Vorkehrungen gegen wilde Streiks angeknüpft, weil man der Ansicht war, daß unter den heutigen Verhältnissen, wo gegen den Willen der Arbeiter kaum noch etwas geschehen kann in Deutschland, das Sozialfortschritt gegen Mißbrauch durch unermessliche oder gewinnlose Elemente geschützt werden müsse. Gesehen ist aber nichts, so daß der Arbeitseinsturm Schicksale erst in diesen Tagen das gleiche Versprechen noch einmal geben konnte — um die bürgerlichen Mehrheitsparteien für das Betriebsrätekommando zu gewinnen. In der Zwischenzeit sind aber gerade diejenigen Kreise, deren unmittelbarer Einfluß durch das neue Gesetz eingeschränkt werden soll, besonders rühmig gewesen: sie werden nicht ungerne auf den Kampfpfad treten, wenn die Vorlagen entlich der Nationalversammlung ausgeben. Oder ein anderes Beispiel: die Kapitalflucht. Auch hier bestand von vornherein nicht der geringste Zweifel darüber, daß sie bekämpft werden müsse mit allen Mitteln, über die der Staat nur zu verfügen vermag; und da wir einen im wesentlichen antiparlamentarischen Staat haben, dürfte man annehmen, daß er sich dieser Aufgabe wenigstens gewachsen zeigen würde. Was aber gab's? Anführungen und stets wieder Anführungen, die nur immer noch mehr Vermögen aus dem Lande trieben. Daneben höchstens laienhafte Versuche, das eine oder andere Gesetz auch zu verstopfen, Verordnungen, die bestenfalls zur Hälfte durchgeföhrt werden konnten, bis schließlich jeder Kenner der Verhältnisse ansetzen mußte, daß weitere Vermehrungen sich erübrigten. Die Milliarden, die noch an Hause festgehalten werden sollten, sind längst über alle Berge.

Man kommt der Ansicht auf die Wege. Am soll demnachst ein Ende bereitet werden. Der Erfolg wird sein, daß er „zunächst“ erst recht flott in Gang kommen wird. Ließ kein Tempo auch in den letzten Wochen schon gar nichts mehr zu wünschen übrig, so werden doch mindestens Vorrede und Waren noch zurückgehalten worden sein in der Hoffnung auf immer weiteres Ansehen der Drei e. Und mancher fremde Ausländer, der sich bisher noch Zeit ließ, weil er meinte, die besten Chancen würden sich zuletzt anheben, wird sich jetzt schleunigst auf die Strömung machen, um bei dem allgemeinen Wellauf auf die Meile des deutschen Volks erdrosselt nicht zu spät zu kommen. Kommen die Maßnahmen, die „demnachst“ getroffen werden sollen, nicht „sofort“ in Kraft treten? Und wenn das nicht möglich war, wäre es nicht besser gewesen, wenigstens schweigend auszuweichen und erst dann zu reden, wenn das Wort zugleich durch die Tat bekräftigt werden konnte? Gewiß möchte die Regierung glauben, ihr Schweigen könnte mißdeutet werden, aber darauf mußte sie es ruhig antommen lassen, wenn durch vorzeitiges Reden das Übel doch nur vergrößert werden konnte. Importieren kann es jedenfalls nicht, wenn immer wieder zur Um erit geendet wird; denn die Folge ist, daß dann auch die beabsichtigten Maßnahmen wirkungslos bleiben.

Was hier gesagt worden ist, richtet sich ganz gewiß nicht gegen den guten Willen der Regierung; der liegt außer Frage. Gewo wenig handelt es sich um eine Missgelegenheit dieser oder jener Partei, über die man in sachlicher Beziehung verchiedener Meinung sein könnte. Nur die tatsächliche Behandlung solcher Tagesfragen steht zur Erörterung. In ihr sollten die Maßgebenden von heute doch schon einige Erfahrungen gesammelt haben, deren Nöderung getragen werden muß, obwohl die Verlockung zum Reden heute noch ungleich stärker wirkt als je zuvor. Aber die alte Weisheit, daß Reden nur Silber, Schweigen dagegen Gold ist, gilt nach wie vor der Revolution. Jeder sollte besonders denjenigen Männern sich immer wieder erinnern, die sich auf ihren heutigen Posten als Staatsmänner nur in der Rede, nicht in der Tat, betätigen vorzuziehen haben.

Dr. Sp.

Washington. Die Volkswirtschaft in einer neuen bolschewistischen Verfassung auf die Spur gekommen. Zu Westminster sollten an eine große Anzahl von Senatoren und Staatsmännern Komitee mit dem Namen gewählt werden, um jene zu erörtern.

Die Sowjets am Ende.

Friedensverhandlungen mit Denikin und Kolltschak. Der in Kopenhagen eingetroffene Vertreter der russischen Sowjet-Regierung, Witwinoff, in Übertragung einer wichtigen Botschaft Kolltschak. Die kommunalistische Zentral-Kommission in Moskau hat beschlossen, die politische Macht an die vereinigten sozialistischen Parteien abzugeben. Eine neue verfassunggebende Versammlung wird zum 10. Dezember einberufen. Die Wahlordnung, die Zustimmung der Kandidaten usw. sind bereits in Gange. Die gemäßigten Sozialisten, die sogenannten Viendtschitschi, sollen in die Regierung eintreten. Die russische Presse beschäftigt sich bereits mit der neuen Regierung. Alle außerordentlichen Kommissionen der bisherigen Regierung werden aufgehoben. Mit Denikin und Kolltschak sollen bereits Friedensverhandlungen im Gange sein. Witwinoff wird demnach mit dem englischen Regierungsveteren D'Orsay eine Zusammenkunft Friedensvorschläge zur Sprache kommen werden, worauf es dann Aufgabe der beiden Vertreter sein wird, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen und weitere Weisungen einzuholen.

Drohung mit Beschließung Memels.

Eindruck Deutschlands in Paris. Der französische General Nibel, der Leiter der Balkan-Kommission, hat an den deutschen Admiral Gopmann ein Schreiben gerichtet, in dem er von Drohungen Mitteilung macht, die Teile von Vermont-Truppen gegen die in Memel stationierten alliierten Offiziere ausgesendet haben sollen. Da sich sollen sich diese auf die vor Memel liegenden Ortsteile zurückgezogen haben. In seiner Mitteilung droht General Nibel im Falle ernstlicher Zwischenfälle, das Feuer auf die Stadt von den Schützen zu eröffnen. Admiral Gopmann hat hierauf General Nibel geantwortet, daß er gegen derartige Drohungen, deren Durchföhungen im schroffen Widerspruch zum Völkerrecht und zu den Erzeugnissen des Völkervertrages stehen würde, protestieren würde, um ihn ersucht, sich auf die der Zentral-Kommission zugehörnde Anweisung der Wahrung des Völkerrechts zu beschränken und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf deutschem Boden den deutschen Behörden zu überlassen. Die erforderlichen Maßnahmen, um Ordnung in Memel herzustellen, sind gegeben. General Nibel ist wiederholt davon in Kenntnis gesetzt worden, daß bei Rückkehr der alliierten Truppe sich Zwischenfälle ereignen können.

Auch hat die Reichsregierung, wie aus Berlin gemeldet wird, sofort beim Obersten Rat in Paris entsprechende Einspruch gegen diese Drohungen erhoben.

Kein Streikrecht der Beamten.

Maßnahmen gegen die Beamten-Verelendung. Auf der in Berlin abgehaltenen Tagung des deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes hielt der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, eine vielbeachtete Rede, in der er u. a. ausführte:

Man habe der Beamtenchaft den Vorwurf gemacht, daß sie nach der Revolution auf ihrem Posten geblieben sei. Gerade das Gegenteil verdienten sie, gerade das muß ihnen gesagt werden, daß sie trotz der Revolution weitergearbeitet hätten, denn dadurch ist die Staatsobervernehmung worden. Deshalb aber auch werde die Regierung nicht zögern, der Beamtenchaft das zu geben, was ihr gebühre. Aber alten Rechte dürften nicht verlegt werden und zu den alten wurden neue kommen müssen. Katastrophopolitik allerdings dürften die Beamten nicht treiben. Ein Streikrecht wie bei den Arbeitern könne es bei der deutschen Beamtenchaft nicht geben. Bestände für sie auch nicht die Unterordnung, die bei der früheren Regierung herrschte, so müße die neue Ordnung doch auf Einigkeit, Verständnis und Verantwortlichkeitsgefühl ausgeht sein. Es gäbe Dinge, die nur von oben geleitet werden könnten, ebenso wie der Leiter sich unterrichten lassen mußte, wie das Häderwerk arbeite, das das Ganze zusammenhalte. Die Regierung ist bemüht, der Verelendung der Beamtenchaft vorzubeugen, sie wüßte die Wohnungsfrage energisch zu bearbeiten und hoffe eine gute Lösung zu finden.

Pollische Rundschau.

Deutsches Reich.

Steuer-Generalparade. Der Nationalparlamentarismus ist — in Übereinstimmung mit der Regierung und der Mehrheit — ein Antrag einbrachte und Gesetzes betreffend Steuer-Gesetz angangen. Nach die ein Entwurf soll der e. bei der vor dem Inkraft treten der Reichs-Verordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu ei. des Landes, oder der Gemeindefiskus hätte veranlagt werden müssen, von der Steuer freibleiben, wenn er aus einem Verträge, wäcker's bei der ersten Steuerparade nach dem Inkraft treten der Reichs-Verordnung sein Vermögen oder sein Einkommen nicht angegeben hätte. Von dem nicht berücksichtigten Vermögen soll an Stelle der Kriegsabgabe der sechste Teil der des zu wenig veranlagten Verbeitrages erhoben werden. Nach dem § 2 des Entwurfs sollen die schwersten

Vermögensnachteile für denjenigen eintreten, der nach dem Inkrafttreten der Reichs-Verordnung bei der Veranlagung der Kriegsabgabe dem Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer der Steuerbehörde Vermögenswerte nicht abgibt.

Reparaturverhältnisse für die Entente. Im englischen Unterhaus wurde auf Anfrage offiziell mitgeteilt, daß die Anzahl der deutschen Landfahrzeuge in Süd- und Mittelamerika 44 betrage und daß diese Schiffe mit geringen Ausnahmen zu reparaturbedürftig seien, daß sie während des Waffenstillstandes ummäßig gebraucht werden könnten. Man habe sich deshalb entschlossen, daß diese Schiffe nach Deutschland zu en geschleppt und dort kostenlos durch die Deutschen wiederhergestellt würden. Wenn die Reparaturen erledigt seien, sollten diese Schiffe den Alliierten als vollwertige Fahrzeuge ausgeliefert werden. Diese Regelung wurde durch die Schiedsvergütungskommission getroffen.

Eine Schandale. „La Presse de Paris“ vom 29. November veröffentlicht eine Nachricht aus London, monach 1600 deutsche Kriegsgesangene von Campa Flow, die in einem militärischen Lager untergebracht seien, die im letzten Tagen ernüchert und sich geweigert hätten, gewisse Arbeiten zu verrichten. Die strengsten disziplinarischen Maßnahmen seien sofort ergriffen worden. Drei Tage vollständiger Diät hätten sie zur Vermitt gebracht, ausgehungert und vor Durst herbeigekühten sie ihre Arbeit zu erledigen, und aus sei nunmehr wieder in Ordnung!!!

Eine bayerische Königsparade ist in München gegründet worden mit dem Programm: Volks-Königtum auf gelegebenden Körperlichkeiten, zwei Kammern, von denen die Erste Kammer die ständische Vertretung ist, Referendum des Königs gegen einmalige parlamentarische Abweichung, freie Kirche im freien Staat, freie Schule usw. Die Partei ist namentlich in Unterfranken, Oberbayern, links der Donau und nördlich von München, mit dem Reich und Sizak, gut organisiert, in Schwaben weniger. Bayerische Organisationen haben ihren Beitritt bereits erklärt oder zugesagt. Die Königsparade wird vor allem von Kleinbürgern, Bauern und auch einem Teil der Arbeiterklasse sowie der jüngeren Beamtenchaft unterstützt. Hofadel, Adel, Intelligenz und die ältere Beamtenchaft haben sich bisher noch abwartend verhalten.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen in Leipzig wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl von 300 000 im März 1919 auf 750 000 im November gestiegen sei. Dittmann schloß dann die Kämpfe der letzten Monate. Ganz gleich, wie die Partei zu den einzelnen Aktionen sei, sie habe stets die Pflicht, die Sache der Revolution zu verteidigen.

Die Frage der Kabinettskorder. Die Schützenhilfe zu Drielen in der Neumark hat eine merkwürdige Klage gegen den Staat angebracht. Sie verlangt die Zahlung einer Summe für den Schützenkönig und fügt sich dabei auf ein Kabinettskorder vom 19. April 1774. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Bräuner hat auf diesen Vorgang hin folgende kleine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet: „Mit der Staatsregierung bereit, in die Prüfung aller Kabinettskorder einzutreten und dieselben aufzuheben?“

Erneute Angriffe der Letzen. Die deutsche Legion ist im Abrüstungsprozess. Die Eiserne Division ist an der Bahn Kurkisch-Wiesznitz verarmelt. Das Detachment Wehne ist abtransportiert. Die russischen Korps wurden östlich von Murawjow von den Letzen angegriffen und zogen sich auf Murawjow zurück. Entente-Militäre versuchen die Letzen von weiteren Angriffen abzuhalten. Bis zum 30. November haben die Grenze überschritten 5600 Militärsoldaten und 2000 Flüchtlinge.

Die preussische Landesversammlung nahm in ihrer Montagssitzung den Antrag Heilmann (Soz.) auf Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke an gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einem Teil der Deutschen Volkspartei. Ein Antrag Wolf Hoffmann (U. Soz.) auf Kommunalisierung der Altkos wurde einem einstimmigen Überwieseln. Es folgte die Verprechung des kommunikativen Antrages auf Aufhebung der Bundesangelegenheit.

Der „Druck auf die Regierung“. „La Presse de Paris“ veröffentlicht folgende Notiz: „Man weiß, daß zwei Notizen von der deutschen Regierung an die Friedens-Konferenz geschickt worden sind. Die eine behandelte die Gefangenfrage, die andere die Campa Flow-Angelegenheit. In der zweiten verurteilte die deutsche Regierung sich der Verantwortung zu entziehen, indem sie behauptete, daß die Verführung der Flotte ihr nicht zur Last gelegt werden könne. Diese Behauptung hatte sie ja schon früher ausgesprochen. Nach Informationen, die wir aus Berlin erhalten, scheint dort ein Reizement bevorzuziehen, zum mindesten bei den Demokraten und Mehrheitssozialisten. Beide Parteien setzen der Ansicht, daß sich das Kabinett in seinen Notizen zu unvorsichtlich gesetzt habe, und üben einen Druck auf die Regierung aus, damit sie ihre Haltung erkläre. Diesem Druck wird ein Reizement ebenfalls wie von einem Druck der genannten Parteien auf die Regierung in dieser Angelegenheit etwas bekannt ist.“